



Mahnt die Politiker in Bund und Ländern, die Reform des föderalen Staates nicht auf die lange Bank zu schieben: Bundespräsident Horst Köhler, hier vor einem Großfoto in der „Inka-Gold“-Ausstellung in Völklingen (Saarland). (Foto: ddp)

Scheitern „kein Ruhmesblatt“ / Steinbrück kritisiert Bulmahn

Köhler drängt auf Reform

Saarbrücken/Berlin (ap). Bundespräsident Horst Köhler hat nach dem Scheitern der Föderalismusreform davor gewarnt, einen neuen Anlauf bis nach der Bundestagswahl 2006 hinauszuzögern. Das Scheitern des gesamten Reformpakets am Zuständigkeitsstreit in der Bildungspolitik sei „kein Ruhmesblatt für die Politik“, sagte er am Wochenende. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) richtete seine Kritik erstmals aufs eigene Parteilager und machte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) mitverantwortlich für den Fehlschlag.

Köhler äußerte sich bei seinem Antrittsbesuch im Saarland. Ob er sich selbst zur Rettung der Reform engagieren werde, ließ er zunächst jedoch nicht erkennen.

Altbundespräsident Roman Herzog erklärte, das Scheitern wegen einer bildungspolitischen Frage sei weder verständlich noch zu verantworten. Herzog, der auch Vorsitzender des Konvents für Deutschland ist, sagte, die Föderalismusreform sei „zu einer Lebensfrage der Republik“ geworden.

Steinbrück sagte der „Süddeutschen Zeitung“, der Vorstoß des Bundes zum Aufbau von Spitzenuniversitäten habe

„hochgradige Nervosität“ bei den Ländern ausgelöst. Auch, dass sich der Bund in die Schulpolitik beim Thema Hauptschulen eingemischt habe, sei nachteilig. Zumindest der jüngste Vorstoß Bulmahns dazu sei „für die Arbeit der Föderalismuskommission alles andere als förderlich“ gewesen. Die Länder stünden unter dem Eindruck, dass es Tendenzen des Bundes gibt, in eine ihrer ureigensten Zuständigkeiten hineinzuregieren.

Bulmahn kündigte in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ konkrete Vorschläge zur Neuordnung der Bildungszuständigkeiten von Bund und Ländern an, die

unterhalb einer Grundgesetzänderung verwirklicht werden könnten. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) sagte dem „Handelsblatt“, die großen Verlierer seien die Länder. „Es gab sehr viele Gesetzgebungsbereiche, die wir den Ländern geben wollten. Das ist nun alles wieder weg.“

Koch schließt Kompromiss aus

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) schloss in der ARD einen Kompromiss aus, so lange der Bund Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen versuche.

Bayerns Landtagspräsident Aloys Glück (CSU) sagte, die Arbeit der Kommission sei „an der Machtpolitik des Bundeskanzlers gescheitert“.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter Gaethgens, wandte sich im „Tagesspiegel“ gegen Kochs Androhung, Bundeshilfen für

Hochschulen per einstweiliger Verfügung zu stoppen. Die Hochschulen seien „Geiseln im Föderalismus-Streit“.

Die Kommunen nannten das Scheitern eine Katastrophe und appellierten an Bund und Länder, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. BDI-Präsident Michael Rogowski nannte in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ das Scheitern „blamabel für Deutschland“.

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, die gemeinsam die Föderalismuskommission führten, setzten sich dafür ein, das Ziel der Entwirrung der Kompetenzen von Bund und Ländern und eines nationalen Stabilitätspaktes weiter zu verfolgen. Ein zweiter Anlauf solle recht bald erfolgen. Stoiber betonte, von einem „Schlusspunkt der Bund-Länder-Beziehungen“ könne trotz des Scheiterns nicht gesprochen werden.